



FRANKREICH - INFO

NR. 10

2. DEZEMBER 2004

Winfried Veit

Mehrheit für Hollande – Etappensieg für Europa

Friedrich-Ebert-Stiftung

41 bis, boulevard de La Tour-Maubourg, 75007 Paris

Tel. +33.1.45.55.09.96, Fax +33.1.45.55.85.62

E-Mail : fes@fesparis.org, www.fesparis.org

Die Mitglieder der Sozialistischen Partei Frankreichs haben mit klarer Mehrheit den Kurs der Parteiführung um Francois Hollande bestätigt und für den europäischen Verfassungsvertrag gestimmt. Nach den (noch nicht vollständigen) vorliegenden Ergebnissen stimmten bei der Mitgliederbefragung am 1. Dezember an die 59 Prozent mit Ja – und das bei einer Rekordbeteiligung von fast 80 Prozent. Nicht weniger als 95 000 der 120 000 stimmberechtigten Parteiangehörigen gingen zu den Urnen. Diese hohe Beteiligung macht den Sieg der Verfassungsbefürworter eindeutig und läßt keinen Raum für Interpretationen; so hat Laurent Fabius, bisherige Nr. 2 der Partei und Führer des Nein-Lagers, bereits am späten Wahlabend seine Niederlage eingestanden und Parteichef Hollande zu seinem Sieg telefonisch gratuliert. Dieser bezeichnete den Erfolg als „dreifachen Sieg: für Europa, die Demokratie und für die Sozialistische Partei“. Er hätte hinzufügen können: und für Francois Hollande.

Die PS ist eine europäische Partei

Wichtigstes Ergebnis der Abstimmung ist die Bestätigung des europaorientierten Kurses, den die PS seit dem knapp gewonnenen Referendum über den Maastricht-Vertrag im Jahre 1992 verfolgt hatte. Auf dieses Referendum und den damaligen Staatspräsidenten Mitterand hatten sich in der innerparteilichen Kampagne sowohl Gegner als auch Befürworter des Verfassungsvertrags berufen – mit entgegengesetzten Argumenten versteht sich. Die einen behaupteten, Maastricht sei der Anfang vom Ende des „sozialen Europa“ gewesen und Mitterand habe später seine Entscheidung bitter bereut. Die anderen argumentierten, Maastricht habe eine europäische Tradition im Geiste Mitterands eröffnet, die man nicht gefährden dürfe.

Mit ihrem positiven Votum folgten die Parteimitglieder der letzteren Argumentation und damit auch der Mehrheitsmeinung ihrer Sympathisanten und Wähler. In einer kurz vor der Abstimmung veröffentlichten Umfrage unter diesen sprach sich eine klare Mehrheit von 62 Prozent für die europäische Verfassung aus; und stärkstes Argument dafür war, daß Europa zur unverwechselbaren Identität der Sozialistischen Partei gehört (51 %), weit vor den „Inhalten der Verfassung“ (32 %) oder der Furcht vor einer Spaltung der Partei bei einem Sieg des Nein (24 %). Aber auch die Verfassungsgegner sprechen sich nicht „gegen Europa“ aus sondern ihr stärkstes Motiv ist die „Neuverhandlung des Vertrages“ (58 %), gefolgt vom „zu liberalen Charakter“ der Verfassung (29 %) und gar nur 10 % sind der Auffassung, daß ein Ja zur Verfassung auch ein „Ja zu Chirac“ bedeuten würde, wie es das Nein-Lager immer wieder propagierte.

Der gefestigte europapolitische Kurs der PS hat vor allem zwei Konsequenzen:

- die von vielen im Falle eines Nein befürchtete Isolierung der Partei im europäischen Rahmen findet nicht statt, die Zweifel an der europäischen Zuverlässigkeit der französischen Genossen bei den anderen sozialdemokratischen Parteien dürften ausgeräumt sein. Das Argument, daß – bis auf Malta – alle sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien wie auch die dem Europäischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften sich für die Verfassung aussprachen, war eines der stärksten in der Kampagne für das „Ja“ und die vom Treffen der sozialdemokratischen Partei- und Regierungschefs in Madrid am Wochenende vor der Abstimmung demonstrativ bekundete Unterstützung für Hollande war eine zusätzliche Hilfe.

- das Ergebnis ist ein Etappensieg für Europa im Hinblick auf das im nächsten Jahr anstehende nationale Referendum über die europäische Verfassung. Zwar läßt sich der Ausgang nicht prognostizieren, doch hätte ein Nein der größten Oppositionspartei ein schlechtes Omen bedeutet. Abzuwarten bleibt freilich, wie sich das unterlegene Lager der Verfassungsgegner innerhalb der PS in dieser Frage verhalten wird; Hollande und seine Mitstreiter hatten im Vorfeld der Abstimmung bereits deutlich gemacht, im Falle einer Niederlage keine Kampagne gegen die europäische Verfassung mitzutragen.

Für die Sieger der Abstimmung in der PS wird es demzufolge keine lange Ruhepause geben, denn es steht zu erwarten, daß Staatspräsident Jacques Chirac die neugewonnene Dynamik nutzen wird, um das geplante Referendum zu einem möglichst frühen Zeitpunkt (möglicherweise im April) anzusetzen. Die Zeichen stehen nach dem PS-Ergebnis gut, sind doch die demokratischen Rechtsparteien (konservative UMP und zentristische UDF) für den Verfassungsvertrag, während sich bei den Grünen ebenfalls eine Mehrheit abzeichnet; dagegen sind – wie schon im Falle Maastricht – die Kommunistische Partei und die extreme Linke (Trotzkisten) auf der einen Seite, „Souveränisten“ (de Villiers) und extreme Rechte (Front National) auf der anderen Seite. Das ergibt rechnerisch eine klare Mehrheit für die Verfassungsbefürworter, doch bei der Maastricht-Abstimmung war das Ergebnis trotz ähnlicher Konstellation äußerst knapp. So ist ein Engagement der PS-Führung nach wie vor gefragt, zumal der linke Parteiflügel wohl kaum seine Fundamentalopposition gegen Europa aufgeben wird.

Vorentscheidung für 2007?

Das Abstimmungsergebnis ist aber nicht nur ein Etappensieg für Europa sondern insbesondere auch ein persönlicher Triumph für den PS-Vorsitzenden Francois Hollande, der sich nach den Worten des *Figaro* zum ersten Mal aus der Deckung hervor gewagt und keinen Kompromiß gesucht hat: er hat sich ohne wenn und aber in die Kampagne für das „Ja“ hinein gestürzt und durchaus auch sein politisches Schicksal damit verknüpft. Dadurch hat er innerhalb der Partei, aber auch in der Öffentlichkeit an Statur gewonnen, zumal er zum vierten Mal hintereinander (zwei Durchgänge der Regionalwahlen im März, Europawahl im Juni dieses Jahres) siegreich aus einer Wahl hervorgegangen ist und von sich behaupten kann, daß die PS unter seiner Regie noch keine Wahl verloren hat (das gilt natürlich nur für die Zeit nach der Wahlniederlage der Linken im Jahre 2002; zuvor war Hollande auch schon – seit 1997 – „Erster Sekretär“, aber eben im Schatten des damaligen Premierministers Lionel Jospin). Hollande hat sich damit endgültig in die Phalanx der potentiellen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2007 eingereiht, der mittlerweile auch von den sogenannten „Elefanten“ der Partei als Konkurrent ernst genommen wird.

Dies war wohl auch mit ein Grund, warum einer der größten „Elefanten“, Laurent Fabius, sich im Sommer völlig überraschend an die Spitze der Verfassungsgegner setzte und versuchte, sich mit dem „Nein“ als Verfechter eines sozialen Europa und damit als Anwalt der kleinen Leute zu profilieren. Diese Strategie ist nicht aufgegangen; in einer Umfrage vor der Abstimmung erhielt Fabius die schlechtesten Werte, wenn es darum ging, wer von den sozialistischen Spitzenpolitikern „den Sorgen der Menschen“ am nächsten sei: nur 19 Prozent nahmen ihm dies ab, 68 Prozent waren der gegenteiligen Meinung. Fabius konnte seine Kampagne in zweierlei Hinsicht nicht als glaubwürdig verkaufen:

- den Wandel vom liberalen Modernisierer mit dem Image eines zwar brillanten, aber eben auch kalten Technokraten zum Anwalt der kleinen Leute nahm man ihm nicht so richtig ab;
- ebenso wenig gelang es ihm, seinen Parteifreunden zu vermitteln, warum er, der bis dahin als überzeugter Europäer galt und alle – gegenüber dem Konventsentwurf schlechteren - Verträge von Maastricht bis Nizza mitgetragen hatte, sich nun plötzlich in ein Boot mit so notorischen Europagegnern wie Le Pen oder den Kommunisten setzte.

Ist damit die Karriere eines der sicherlich brilliantesten Köpfe der französischen Politik zu Ende? Dies zu sagen, wäre wohl verfrüht, aber der Lebensraum dieses früheren politischen Wunderkindes (mit 38 Jahren Premierminister, mehrfach Minister, Präsident der Nationalversammlung usw.), dem die Rolle des Präsidenten quasi naturgemäß zuzukommen schien, wird sich nur noch schwer realisieren lassen. Nicht nur hat mit der verfehlten Nein-Kampagne seine Glaubwürdigkeit schwer gelitten, auch seine eigene – bisher so solide – Basis in der Partei, das berühmte Netzwerk Fabius, ist in Scharen desertiert und ins Lager der Verfassungsbefürworter übergelaufen. Ganze Parteibezirke, die bisher fest in der Hand von Fabius-Getreuen waren, stimmten zum Teil mit großer Mehrheit für das Ja. Damit ist auch seine innerparteiliche Basis angeschlagen; diese war bisher sein größter Trumpf beim Wettrennen um die Präsidentschaftskandidatur, denn in der allgemeinen Wertschätzung rangiert Fabius hinter seinen Mitkonkurrenten.

Nach einer Umfrage des linken *Nouvel Observateur*, die in der Ausgabe vom 18.-24. November veröffentlicht wurde, sieht die aktuelle *Hitliste* der sozialistischen „présidentiables“, wie es im französischen so schön heißt, folgendermaßen aus:

Jack Lang, früherer Kulturminister,	47 %
Francois Hollande	43 %
Dominique Strauss-Kahn, früherer Finanzminister	38 %
Laurent Fabius	38 %

Im konservativen *Figaro* vom 30. November sieht die Rangliste wie folgt aus:

Lionel Jospin, ehemaliger Premierminister	61 %
Bertrand Delanoe, Bürgermeister von Paris	47 %
Jack Lang	41 %
Francois Hollande	40 %
Dominique Strauss-Kahn	40 %
Laurent Fabius	30 %

Insbesondere die Frage, ob der frühere Ministerpräsident Lionel Jospin ein Comeback versuchen wird, bewegt die Medien immer wieder zu Spekulationen. Jospin ist nach wie vor populär, wie man an den Umfragewerten sieht, und in der Partei sehr beliebt. Allerdings ist er jetzt 67 Jahre alt und ihm hängt die verheerende Niederlage der Linken bei den Wahlen von 2002 an, wo er nicht einmal in die zweite Runde der Präsidentschaftswahl kam und sich schmachvoll dem Rechtstextremisten Le Pen beugen mußte. Jospin wäre möglicherweise als Kompromißkandidat angetreten, wenn Fabius gewonnen hätte; denn dann wäre Hollande aus dem Rennen gewesen, während Fabius keine Mehrheit hinter sich hätte scharen können, weil seine Mitstreiter für das „Nein“ vom linken Parteiflügel früher seine erbittertsten Gegner waren und er andererseits den Mehrheitsflügel verloren hätte. So aber sieht es eher nach einer Entscheidung zwischen Francois Hollande und Dominique

Strauss-Kahn aus, der als der überzeugteste Europäer in der Parteiführung gilt und sich ebenso vehement in der Kampagne für das „Ja“ engagierte, wie die beiden Außenseiter beim Rennen um die Präsidentschaftskandidatur, Jack Lang und Bertrand Delanoë.

Doch dies sind zur Stunde Spekulationen, wie auch die Meinungsumfragen nur Momentaufnahmen darstellen. Bis zur Kandidatur ist es noch ein weiter Weg, an dessen Beginn das nationale Referendum über den Verfassungsvertrag steht. Während des ganzen Jahres 2005 soll darüber hinaus eine große Kommission aus über 100 Mitgliedern ein neues Partei- und Wahlprogramm ausarbeiten, das Ende 2005 verabschiedet werden und als Grundlage für den Wahlkampf dienen soll – eine glänzende Gelegenheit für den Vorsitzenden Hollande, sich auch inhaltlich-programmatisch zu profilieren. Anfang bis Mitte 2006 wird fahrplangemäß dann die Entscheidung über den Kandidaten fallen – in der Politik eine lange Zeit.

Schließlich gibt es da auch noch den politischen Gegner, bei dem die Kandidatenfrage ebenfalls noch lange nicht entschieden ist. Hier ist am gleichen Tag, an dem die Abstimmung in der PS stattfand, eine wichtige Entscheidung gefallen: das Strafmaß für den früheren UMP-Vorsitzenden Alain Juppé wegen illegaler Parteifinanzierung wurde im Revisionsverfahren erheblich gemildert. Juppe wurde jetzt zu 14 Monaten Gefängnis mit Bewährung und zu einem Jahr der Nichtwählbarkeit in öffentliche Ämter verurteilt – zuvor waren es 10 Jahre gewesen. Kaum war das Urteil bekannt, ertönte auch schon aus dem Lager der gaullistischen Regierungsmitglieder der Ruf, Juppé solle nach einem Jahr wieder ein wichtiges politisches Amt übernehmen. Für die Linke wäre dies ein wünschenswertes Szenario: ein Zweikampf zwischen Juppé und seinem soeben gewählten Nachfolger an der Parteispitze, Nicolas Sarkozy, mit dem Übervater Chirac im Hintergrund.

Winfried Veit ist Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.